

## Ludwig, AfD: Keine Chance!

**Landkreis.** Der AfD und ihren Mitgliedern wird von verschiedenen Seiten immer wieder vorgeworfen, keine Sachpolitik zu betreiben, lösungs- und orientierungslos zu sein, außer rechtspopulistischem Gemecker wäre nix zu hören oder zu lesen. Das stimmt ja nun nicht, unser Programm ist schon längst fertig, das CDU-Programm nicht. Böse Zungen behaupten, die SPD würde ihres wahrscheinlich erst nach der Wahl veröffentlichen.

Ich hatte mir seit einigen Wochen schon vorgenommen, endlich wieder ein Sachthema zu beleuchten – Keine Chance! Die Welten der Altparteien und der Führungsversager geben mir permanent Stoff zum Schreiben von Beiträgen für diese Zeitung. Das vergangene Wochenende war wieder so ein Höhepunkt der Politsatire und des Zweifels am Verstand mancher Zeitgenossen. Also wieder nix mit Sachthema!

„Liebe KinderInnen und Kinder!...“, tönte es aus dem Mund von Katrin Göring-Eckardt von den Grünen und GrünInnen zur Eröffnung des Evangelischen Kirchentages. Gut, ge? Da schluckt man erst einmal und denkt an einen Verhörer. Pech gehabt – die meint das so! Bleibt nur noch das Kopfschütteln übrig und das Augenrollen über soviel dämliche politische Korrektheit. Angeblich gab es auch ein politisch korrekt gegendertes Gesangbuch. Während mancher Rede war ein Vibrieren zu spüren – Luther rotierte im Grab.

Über ernsthaftere Themen wurde auf diesem Kirchentag auch diskutiert. Es ist allerdings nicht bekannt, wieviel GläserInnen und Gläser Wein Frau Kässmann schon getrunken hatte, als sie sich dazu verstieg, einen Zusammenhang von Herkunft der Eltern und Großeltern und der Neigung zum Nationalsozialismus herzustellen. Aber es ist schon bemerkenswert, was diese kirchlichen Würdenträger so umtreibt. Die Sorge um die weltweite Verfolgung von ca. 200 Mio. Christen ist es offenbar nicht. Für diese Gruppe Menschen wurde keine Schweigeminute abgehalten – für Flüchtlinge schon. Christen werden derzeit aktiv verfolgt und ermordet. Dies passiert genau in den Staaten, aus denen Muslime zu uns auswandern – derartige Meldungen sind hier nur Randnotizen wert. Klar, müsste man ja die Wahrheit über eine gewisse andere Religion schreiben. Aber dieser Wahrheit verschließt man sich aktiv, nur um nicht anzuecken. Sonst holt man sich gleich einen Schlag mit der Nazi- und Rassistenkeule ab. Da passt

man sich lieber an. Zum Thema Christenverfolgung äußerte sich auch Herr Landesbischof Dröge auf dem Kirchentag, indem er meinte, man dürfe Christenverfolgung auch nicht dramatisieren. Donnerwetter! Was sind schon 200 Mio. Verfolgte. Da ging sogar mir das Messer in der Hose auf. Das war ein Schlag in die Leber eines jeden Christen! Und Mitglieder der AfD wären ja sowieso keine wirklichen Christen... Gut, dass ich in keiner Kirche bin, nach diesem Wochenende wäre ich spätestens ausgetreten. Kirche und Politik passen einfach nicht zusammen. Warum diese „Herrinnen und Herren“ meinen, da immer wieder mitmischen zu müssen, erschließt sich mir nicht. Reicht denen der Glaube nicht?

### G7-Gipfel war auch!

Fazit 1: Schengengrenzen kann man sichern – aber nur während des G7-Gipfels, gelle. Kein Auswandererboot durfte nach Sizilien – zu gefährlich für Politiker! Das Schleppegeschäft kam ins Stocken. Grotesk ist ein viel zu milder Ausdruck für diese Masche der Politik. Das ist schäbig, ganz einfach schäbig, wie wir hier alle „vermerkt“ werden.

Fazit 2: „Merkel hat ihren Meister gefunden“, so der „Stern“ online am Montag. Trump lässt sich einfach nicht auf die Politik dieser Scheinliten ein. Verbittert und eingeschnappt sagt sie nun, dass auf die USA kein Verlass mehr sei. Selbstzweifel kennt sie augenscheinlich nicht, oder? Putin mag sie nicht, Trump mag sie nicht. Die Ungarn mögen sie nicht, die Polen und die Slowaken auch nicht. In Italien und in Österreich mag man Merkel nicht, in Griechenland und auf dem Balkan schon gleich gar nicht. Trotz „tollem“ Flüchtlings-Deal – in Ankara mag man die kinder- und zukunftslose Kanzlerin auch nicht. Und diese Dame sagt, die USA seien isoliert? Subjektive Wahrnehmungsstörungen? Ihr bleiben nurmehr die eurokratischen Auslaufmodelle aus Brüssel, die präsidiale sozialistische Notlösung aus Paris und ihre leeren Wahlkampfversprechen. Aber das für sich allein gäbe schon wieder einen eigenen Beitrag.

Uns bleibt nur der 24.9. Nur wir können dafür sorgen, dass Merkel so schwach wie möglich wird. Vielleicht muss sie dann das Feld räumen. So wie bisher kann und darf es nicht weitergehen. Das haben wir nicht verdient.

**Torsten Ludwig**  
Sprecher Regionalverband  
Hildburghausen  
Alternative für Deutschland

## Spekulativer Ausblick zum Gemeinwesen Masserberg

**Leserbrief.** Wo es für die Bürgerinnen und Bürger der Einheitsgemeinde Masserberg bei den anstehenden kommunalen Strukturveränderungen mal „hingehen“ soll, d. h. wo die Gemeinde mit ihren fünf Ortsteilen eingeordnet wird, dazu gibt es unterschiedliche Varianten nur über die Tagespresse zu hören.

Leider gibt es von der Gemeindeverwaltung und den Gemeinderäten keine offiziellen Äußerungen und Auskünfte. Bürgerversammlungen finden seit Jahren nicht statt. Wird es nun eine „Ehe“ in Richtung Stadt Schleusingen mit drei weiteren Kommunen (u. a. Schleusegrund) oder setzt die Initiative „Pro Masserberg“ ihr Vorhaben um, den Ortsteil Masserberg auszugliedern und in den Nachbar-Landkreis zu wechseln? Die anderen Ortsteile Einsiedel, Fehrenbach, Heubach und Schnett sollen der Stadt Eisfeld empfohlen werden. Und was wird mit den Millionen, den eingesetzten, seit der Misere des Gemeindegemeinschaftsbeschlusses der Ortsteile 1997 und mit den Schulden daraus?

Die Lasten trugen bisher alle Bürgerinnen und Bürger der Ortsteile! Was wird mit den andgedachten neuen Millionen für

das Badehaus? Irrungen und Wirrungen bestehen weiterhin im Oberen Wald.

Aber das scheint ja im Moment im Freistaat Thüringen häufiger vorzukommen, wenn das Thema Gebietsreform berührt wird. Auch da wird weder mit dem Wählervolk gesprochen, noch wird es einbezogen. Was heute an Aussagen Gültigkeit hat, ist morgen verworfen.

Da kommen Wunschträume auf. Vielleicht gibt es ja tatsächlich eine Politik, die nicht nur sich selbst zum Zweck hat. Existiert kritisches Gewissen überhaupt noch?

Da fällt uns ein Gedicht von Lutz Rathenow aus seinem neuen Kinderbuch „Der Elefant auf dem Trambolin“ (für Kinder und Erwachsene) ein:

Immer wieder  
Der Tag schlüpft aus dem Ei  
und denkt sich nichts dabei.  
Und wir – wo bleibt Applaus? –  
wir brüten ihn dann  
weiter aus.

Ist das die Sicht der Politiker im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern?

Welcher spekulativer Ausblick! Oder?

**Petra und Wolfgang Hinske**  
Masserberg-OT Einsiedel

## Energiepolitische Forderungen zur Bundestagswahl Hauptmann weist „Kopie“-Vorwurf der AfD Südthüringen zurück

**Berlin.** Der Südthüringer Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann (CDU) weist die Äußerungen des stellvertretenden Sprechers des AfD-Kreisverbands Südthüringen, Torsten Ludwig, zurück: Ludwig bezeichnete den Vorstoß Hauptmanns und des energiepolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Stefan Gruhner, für ein Auslaufen der EEG-Förderung als „Kopie“ eines AfD-Vorschlags und „puren Wahlkampfpopulismus“.

Hauptmann kommentiert: „Herr Ludwig nimmt in seinen jüngsten Stellungnahmen einige falsche Abzweigungen, die ich inhaltlich korrigieren möchte: Zunächst gibt es keinen Widerspruch zwischen der zurückliegenden EEG-Reform und den aktuellen Vorschlägen von Herrn Gruhner und mir. Zusammen mit der CDU/CSU-Fraktion habe ich im Juli 2016 für die EEG-Reform gestimmt, da wir so den Systemwechsel hin zu Ausschreibungen und Marktmechanismen einleiten konnten. Unsere jüngste Forderung, dass die erneuerbaren Energieträger in einem nächsten Schritt langfristig finanziell auf eigenen Beinen stehen müssen, ist nur folgerichtig. Deshalb werben mein Kollege Herr Gruhner und ich dafür, in der kommenden Legislaturperiode auf ein Auslaufen der umlagefinanzierten EEG-Förderung hinarbeiten. Das steht keineswegs – wie von Herrn Ludwig fälschlicherweise behauptet – im Gegensatz zu unseren Zielen der Energiewende. Bereits in dieser Woche werde ich die Vorschläge mit Kanzleramtsminister Altmair persönlich besprechen“, erklärt Hauptmann.

In einem Beitrag in der Süd-

### Gefälschte Papiere...?

**Heckengereuth/Ratscher.** Am 28. Mai 2017, gegen 8 Uhr, wurde zwischen Heckengereuth und Ratscher ein Kleinkraftfahrzeug Simson kontrolliert. Bei der Kontrolle der mitgeführten Betriebserlaubnis sowie des Versicherungsnachweises wurde festgestellt, dass die auf beiden Dokumenten angegebene FIN des Kleinkraftfahrzeuges nicht mit der FIN auf dem Fahrzeug übereinstimmte. Dem 21-Jährigen wurde die Weiterfahrt unterbunden.

## Jede Menge Oldtimerfreunde und viel Sonnenschein

**Waldau.** Bereits zum 11. Mal organisierten die Oldtimerfreunde aus Waldau das Zusammentreffen der Fahrzeugnostalgiker. Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Henry Worm ließ es sich nicht nehmen, am vergangenen Wochenende in der Oldtimerarena am Ortsrand von Waldau vorbeizuschauen.

Viel Zeit, Schweiß und Geld, Hingabe und Leidenschaft haben die Fahrzeugliebhaber investiert, um die in die Jahre gekommenen Fahrzeuge zu echten Hinguckern aufzubauen und zu pflegen. Der



Oldtimerfreunde mit Bürgermeister Thomas Franz und Landtagsabgeordnetem Henry Worm.  
Foto: CDU

thüringer Rundschau mokiert sich Ludwig über die angebliche Übernahme von AfD-Positionen im Bereich der Energiepolitik. Hauptmann entgegnet: „Der grundlegende Unterschied ist die Tatsache, dass die AfD schlicht den Ausstieg aus der Energiewende propagiert. Ludwig und seinesgleichen spielen laut Parteitagbeschluss mit dem Gedanken, zur Atomkraft zurückzukehren, und verneinen obendrein noch den Effekt des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf unser Klima. Diese ewig gestrigen, wissenschafts- und fortschrittsfeindlichen Ansichten haben meiner Ansicht nach wenig mit unseren Plänen zur Weiterentwicklung der Energiewende hin zu mehr Kosteneffizienz und Wirtschaftlichkeit zu tun“, so Hauptmann.

„Durch die Äußerungen von Herrn Ludwig wird jedoch noch ein weiterer eklatanter Unterschied deutlich: Seiner Meinung nach könne ein Mitglied des Deutschen Bundestags sowieso nichts erreichen, Vorschläge „aus der Provinz“ blieben angeblich ungehört. Ich frage mich ernsthaft, warum so jemand nach einem Bundestagsmandat strebt. Nach meinem Demokratieverständnis ist es meine Aufgabe als direkt gewählter Abgeordneter aus Südthüringen, die Hinweise aus der Gesellschaft und der Wirtschaft aus meinem Wahlkreis aufzunehmen und in Berlin offen zur Sprache zu bringen. Genau das mache ich in Hinblick auf die gestiegenen Belastungen von privaten und gewerblichen Energieverbrauchern. Dass deswegen von Seiten der selbst ernannten „Volkspartei“ Kritik kommt, lässt tief blicken.“

**Mark Hauptmann, MdB**

### Dummer-Jungen-Streich...?

**Hildburghausen.** Im Zeitraum vom 25. bis 27. Mai 2017 wurde in Hildburghausen, Römhilder Straße der dort aufgestellte Elektroweidezaun zerschnitten.

Der Schaden wird zwar nur mit 50 Euro beziffert, jedoch die Gefahr auf der angrenzenden Landstraße durch ausbrechende Tiere übersteigt den Sachschaden bei weitem.

**Büro Henry Worm MdL**

## Gebietsreformirrsinn in Südthüringen muss ein Ende haben

Klartext aus Berlin

**Berlin.** In der Erfurter Linksregierung herrscht Chaos – innerhalb von drei Monaten wurden bereits drei verschiedene Vorschläge zur Gebietsreform vorgelegt – mit immer wieder anderen Zuschnitten und anderen Kreisstädten. Mit den neuerlichen Änderungen der Kreiszuschnitte und Kreisstädte in der vergangenen Woche sehe ich meine Kritik an der Landesregierung einmal mehr bestätigt. Es gibt keinen Plan, kein Konzept und mittlerweile keinen einzigen sinnvollen Grund für diese Reform. Sie spart kein Geld, schafft keine effizienteren Verfahren, sondern lediglich Entscheidungen, die weiter von den Bürgern getroffen werden. Dieses Stückwerk darf die kommunale Familie nicht auseinander dividieren! Die Linksregierung will unsere Kreise und Gemeinden gegen den Willen der Bevölkerung per Zwang fusionieren. Dies müssen wir verhindern, um gerade im ländlichen Raum auch in Zukunft noch bürgernahe Strukturen zu haben. Daher werde ich mich künftig als Botschafter für den Verein „Selbstverwaltung für Thüringen“ einsetzen. Gemeinsam mit anderen Botschaftern nördlich wie südlich des Rennsteigs will ich dem Irrsinn der Gebietsreform entgegen treten. Der Verein gibt der Landesregierung in ehrenamtlichem Engagement ordentlich Contra. Es geht

hier um unsere Zukunft und die Strukturen, die Thüringen einzigartig machen. Wer sich hingegen auf die Linksregierung verlässt, ist verlassen und wacht in anonymen Großstrukturen auf. Das könnte auch bald die Auflösung des Landkreises Hildburghausen und den Verlust von Hildburghausen als Kreisstadt bedeuten. Daher heißt es, jetzt für den Erhalt der Landkreise kämpfen! Seit dem 8. Mai finden in Sonneberg wieder Großdemonstration zum Erhalt der Kreisstadt und des Landkreises statt – zuletzt mit 4.500 Teilnehmern. Ich bin überzeugt: die tausenden Bürger sind in Sonneberg völlig zu Recht gegen die Gebietsreformpläne der Landesregierung auf die Straße gegangen. Die Montagsdemonstrationen wie in Sonneberg oder Meiningen braucht es nun auch in Hildburghausen. Als Kreisbeauftragter unterstütze ich die Bürgerinitiative und sammle Unterschriften gegen die Gebietsreform. Ich kämpfe weiter an der Seite der Südthüringer Landkreise für ihren Erhalt sowie für den Status quo der Kreisstädte und hoffe auch auf ihre Unterstützung!

Herzlichst

*Herzliche Grüße  
Mark Hauptmann*

Die Rechtsanwaltskanzlei Benecke & Knoth informiert

## BENECKE & KNOTH

RECHTSANWÄLTE

**Kündigung der Kostenausgleichsvereinbarung mit Prisma Life - Herr R. aus H. fragt: Ich habe im Jahr 2009 bei der Prisma Life AG einen Lebensversicherungsvertrag sowie eine Kostenausgleichsvereinbarung abgeschlossen. Den Lebensversicherungsvertrag habe ich zwar gekündigt, soll aber dennoch Zahlungen auf die Kostenausgleichsvereinbarung leisten, da diese unkündbar wäre. Bin ich hierzu wirklich verpflichtet?**

Gerade in den Jahren 2008 und 2009 haben zahlreiche Kunden im Rahmen einer Altersvorsorge bei der Prisma Life AG einen fondgebundenen Lebensversicherungs- oder Rentenversicherungsvertrag abgeschlossen. Das besondere an der entsprechenden vertraglichen Konstruktion war der Abschluss von zwei Verträgen. Zum einen wurde ein Versicherungsvertrag und zum anderen eine sogenannte Kostenausgleichsvereinbarung abgeschlossen. In dem Versicherungsvertrag wurde oftmals vereinbart, dass der monatliche Versicherungsbeitrag in den ersten Jahren um eine monatliche Teilzahlung der Abschluss- und Vermittlungskosten reduziert wird. Konkret bedeutet dies, dass beispielsweise von einem Versicherungsbeitrag von monatlich 200 Euro fünf Jahre lang mehr als die Hälfte, mithin 112 Euro auf die Kostenausgleichsvereinbarung gezahlt wurden und nur 88 Euro zur Kapitalbildung. Darüber hinaus wurde selbst im Falle einer Kündigung des Versicherungsvertrages eine weitere Zahlung hinsichtlich der separaten Kostenausgleichsvereinbarung verlangt, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Kosten des Vertrages (Abschluss- und Vermittlungskosten) noch nicht ausgeglichen waren.

Dies mit dem Argument, dass die neben dem Versicherungsvertrag bestehende Kostenausgleichsvereinbarung unkündbar sei.

Dieser Praxis hat allerdings der Bundesgerichtshof bereits mit einer Entscheidung aus dem Jahr 2014 einen Riegel vorgeschoben. Der Bundesgerichtshof entschied, dass die Vereinbarung einer Kostenausgleichsvereinbarung neben dem Versicherungsvertrag (sogenannte Netto-Police) zwar grundsätzlich

möglich ist. Allerdings sei die Unkündbarkeit dieser Kostenausgleichsvereinbarung rechtswidrig, da sie den Versicherungsnehmer unangemessen benachteilige. Demgemäß kann auch entgegen einer in der Vereinbarung anders lautenden Regelung auch die Kostenausgleichsvereinbarung rechtswirksam gekündigt werden, mit der Konsequenz, dass auch insoweit keine Zahlungsverpflichtung mehr besteht.

Die eingangs gestellte Frage ist daher dahingehend zu beantworten, dass eine Zahlungsverpflichtung nach erfolgter Kündigung des Versicherungsvertrages sowie der Kostenausgleichsvereinbarung nicht mehr besteht. Erforderlich ist allerdings, dass sich die Kündigung auch auf die Kostenausgleichsvereinbarung bezieht. Andernfalls wäre dies nachzuholen. Weiterhin ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass vor allem bei Altverträgen der Prisma Life AG keine ordnungsgemäße Widerrufsbelehrung erfolgte, in der darauf hingewiesen wird, dass im Falle eines Widerrufs des Versicherungsvertrages auch der Vertrag über die Kostenausgleichsvereinbarung nicht zustande kommt. Aus diesem Grund haben Versicherungsnehmer nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs in diesen Fällen regelmäßig auch heute noch ein Widerrufsrecht. Im Falle, dass dieses Recht ausgeübt wird, ist die Prisma Life AG zur Rückzahlung der bis dahin erhaltenen Beträge verpflichtet.

**Rechtsanwalt Marko Knoth**



**Kanzlei Benecke & Knoth**  
Eisfelder Straße 16  
98646 Hildburghausen  
Tel. 03685/790730  
Fax. 03685/790734  
www.rechtsanwalt-hildburghausen.de